

31.05.2016

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Die Zukunftsfähigkeit von Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen stärken - Engagement für die Initiative Open Government Partnership aufnehmen

I. Sachverhalt

Mit Beschluss des Antrages „Forderung nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Initiative Open Government Partnership“ (Drucksache 16/4437) der Fraktion der PIRATEN hat der Landtag Nordrhein-Westfalen in seiner 45. Sitzung eine mögliche Mitgliedschaft Deutschlands in der Open Government Partnership initiiert.

Die Forderung, die Bundesrepublik Deutschland solle sich in der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ zur Konkretisierung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns engagieren, wurde von der Landesregierung zeitnah im Rahmen einer Bundesratsinitiative aufgegriffen und im Bund vertreten.

Der Bundesrat hat die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalens zum Beitritt Deutschlands an der internationalen Initiative Open Government Partnership unterstützt und die Bundesregierung hat die Initiative aus den Bundesländern aufgegriffen. Am 7. April 2016 erklärte die Bundesregierung anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats:

„Deutschland und Frankreich haben sich verpflichtet, die demokratischen Praktiken zu erneuern, indem sie die Transparenz und Beteiligung der Staatsbürger erhöhen. In diesem Sinne hat Deutschland beschlossen, seine Kandidatur für die Partnerschaft für eine offene Regierung („Open Government Partnership“) einzureichen, deren Vorsitz Frankreich ab Oktober 2016 innehaben wird.“

Eine Kandidatur und eine Mitgliedschaft setzen eine aktive Arbeit und Weiterentwicklung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns voraus. Die Entwicklung eines nationalen Aktions- und Umsetzungsplanes bedarf auch der Unterstützung der Länder und Kommunen, hierbei sollte das Land Nordrhein-Westfalen den Bund nach Kräften unterstützen.

Die Open Government Partnership Initiative hat dazu ein „Subnational Government Pilot Program“ etabliert, das sich gezielt an regionale und lokale Gebietskörperschaften richtet. Hier bietet sich für Nordrhein-Westfalen die Chance, neue Maßstäbe bei der Erneuerung und

Datum des Originals: 31.05.2016/Ausgegeben: 31.05.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Modernisierung der Verwaltung in Stadt und Land zu setzen und damit auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Verwaltung zu stärken.

II. Der Landtag stellt fest

1. Die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalens zur Bewerbung um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Initiative Open Government Partnership war ein erfolgreicher erster Schritt.

2. Weitere Anstrengungen der Öffnung des Regierungs- und Verwaltungshandelns sind notwendig, um Nordrhein-Westfalens als attraktives Lebensumfeld für die Bürgerinnen und Bürger zu stärken und das Land als innovativen Zukunftsstandort für die Wirtschaft auszubauen.

3. Die Mitgliedschaft in der Open Government Partnership ist an Bedingungen geknüpft – etwa einem Aktionsplan und der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung von Open Government.

III. Der Landtag beschließt

1. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert und unterstützt die Bewerbung und die mögliche Mitgliedschaft Deutschlands in der Open Government Partnership durch eigene Beiträge zum Aktions- und Umsetzungsplan.

2. Das Land Nordrhein-Westfalen strebt die aktive Mitarbeit und das Engagement im „Subnational Government Pilot Program“ der Open Government Partnership an. Eine Teilnahme von Kommunen an diesem Programm soll unterstützt und gefördert werden.

Michele Marsching
Marc Olejak
Frank Herrmann

und Fraktion